

Newsletter der Inlandbanken

MIGROSBANK

RAIFFEISEN

 Verband Schweizerischer Kantonalbanken
Union des Banques Cantonales Suisses
Unione delle Banche Cantionali Svizzere

VSRB  ABRS



In dieser Ausgabe:

- Ip. Hegglin: PostFinance-Entscheid. Sind die Risiken beherrschbar?
- Mo. Landolt: Klare Trennung zwischen Finanzmarktregulierung und Finanzmarktaufsicht

23. November 2018

Sehr geehrte Damen und Herren

In der kommenden Wintersession stehen zwei Vorstösse an, die für die Inlandbanken von grosser Relevanz sind: Einerseits stellt Ständerat Peter Hegglin in einer Interpellation wichtige Fragen zu der vom Bundesrat geplanten Aufhebung des Hypothekar- und Kreditvergabeverbots von PostFinance. Andererseits wird mit der Motion von Nationalrat Martin Landolt eine Überprüfung der Strukturen und Prozesse der Finanzmarktregulierung verlangt. Es freut uns, Ihnen als Mitglied der Parlamentarischen Gruppe Inlandbanken (PGI) hiermit die Position der Inlandbanken zu diesen beiden Geschäften darzulegen. Wie immer freuen wir uns über Ihre Rückmeldung und stehen Ihnen bei Fragen oder für einen Austausch sehr gerne zur Verfügung.

Eine anregende Lektüre wünschen im Namen der Inlandbanken

Dr. Hilmar Gernet
Raiffeisen Schweiz Genossenschaft

Dr. Adrian Steiner
Verband Schweizerischer Kantonalbanken (VSKB)

18.3817 Interpellation Hegglin: PostFinance-Entscheid. Sind die Risiken beherrschbar?

Beratung im Ständerat am 27. November 2018

18.3817 Mit seiner Interpellation verlangt Ständerat Peter Hegglin vom Bundesrat die Beantwortung diverser wichtiger Fragen zur geplanten Aufhebung des Kreditvergabeverbots und Teilprivatisierung von PostFinance. Unter anderem möchte der Interpellant wissen, aus welchen Gründen der Bundesrat das Kreditvergabeverbot aufheben möchte, was dieser Schritt für die Systemstabilität des Schweizer Finanzplatzes und den Wettbewerb im Kredit-

und Hypothekarmarkt bedeuten würde sowie ob der Vorschlag verfassungsmässig überhaupt durchführbar wäre.

Aus Sicht der Inlandbanken wirft Ständerat Peter Hegglin wichtige Fragen auf. Angesichts der reichlich widersprüchlichen Kommunikation des Bundesrats vom 5. September 2018 stellt sich die Frage, auf welcher Grundlage dieser Richtungsentscheid erfolgte. Wichtig ist die Schaffung der nötigen Transparenz, damit die Politik ihre Verantwortung wahrnehmen kann. Die Antwort des Bundesrats trägt leider wenig zur Klärung der drängendsten Fragen bei, zumal der Bundesrat den von ihm erwähnten Bericht nicht publik macht.

Mit Blick auf den aktuellen Kredit- und Hypothekarmarkt gibt es aus Sicht der Inlandbanken keinerlei Handlungsbedarf. Die Kundinnen und Kunden profitieren von einem gut funktionierenden Markt, auf dem ein gesunder Wettbewerb zwischen zahlreichen Anbietern sowie eine grosse Angebotsvielfalt herrschen. Es gibt kein Marktversagen, das ein Aktivwerden des Bundes rechtfertigt oder notwendig macht. Im Gegenteil: Steigende Risiken im Hypothekarmarkt durch einen neuen Markteintritt von PostFinance dürften weder im Interesse der Finanzmarktstabilität, des Eigners noch der Kundinnen und Kunden sein. Diese Bedenken werden weitgehend auch von der Schweizerischen Nationalbank (SNB) geteilt. Deswegen lehnen die Inlandbanken die Aufhebung des Kredit- und Hypothekarvergabeverbots im Postorganisationsgesetz ab.

17.3317 Motion Landolt: Klare Trennung zwischen Finanzmarktregulierung und Finanzmarktaufsicht

A

Beratung im Ständerat am 10. Dezember 2018

17.3317 Mit seiner Motion fordert Nationalrat Martin Landolt eine klare Trennung zwischen den Verantwortlichkeiten des Bundesrats für die Finanzmarktpolitik / Finanzmarktregulierung und der Zuständigkeit der eidgenössischen Finanzmarktaufsicht (FINMA) für die operative Aufsichtstätigkeit. Der Bundesrat soll hierfür die entsprechenden Massnahmen vorlegen. Sowohl der Bundesrat wie auch der Nationalrat unterstützen den Vorstoss.

Der Motionär fordert zusätzlich, dass die politische Steuerung und Kontrolle der Tätigkeiten der FINMA – unter Wahrung von deren Unabhängigkeit in der konkreten Aufsicht – durch den Bundesrat und das Parlament effektiver gewährleistet werden. Als dritter Aspekt sollen die Rollen und die Beziehung zwischen dem Finanzdepartement und der FINMA zur bestmöglichen Erreichung der finanzmarktpolitischen Ziele sichergestellt werden.

Die Inlandbanken beobachten seit geraumer Zeit eine zunehmende Verwischung der Grenze zwischen der Regulierungstätigkeit und der Finanzmarktaufsicht. Die Inlandbanken sind überzeugt, dass eine starke Aufsicht durch die FINMA für einen funktionierenden Finanzplatz Schweiz notwendig ist. Jedoch ist es aus Sicht der Inlandbanken stossend, dass die FINMA zunehmend in der Regulierung tätig wird, welche eigentlich dem Parlament und dem Bundesrat obliegt. Es braucht eine klare Rollenverteilung zwischen Bundesrat, Verwaltung und Aufsicht auf Stufe Gesetz. Dies würde allen Beteiligten mehr Rechtssicherheit bringen. Die Inlandbanken empfehlen Ihnen, die Motion an den Bundesrat zu überweisen.

Impressum

**Koordination
Inlandbanken (KIB)**

info@inlandbanken.ch

Ihre Registration

Sie sind mit folgender E-Mail-Adresse in unserer Datenbank registriert:

[Daten ändern](#) | [Abmelden](#) | [Kontakt](#)

Um sicherzustellen, dass unsere E-Mails Ihre Mailbox bestimmt erreichen, fügen Sie bitte den Absender dieser Nachricht, die E-Mail-Adresse **info@inlandbanken.ch**, in Ihrem Mailprogramm zur "Liste sicherer Absender" hinzu.

© Koordination Inlandbanken 2018